



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIII/20 - 24. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
-		1
1 - 2	Angeklagt und gerichtet Die Bilanz der aussenpolitischen Debatte	90
2 a	Geständnisse des Verteidigungsministers Einige Bemerkungen zur Strauß-Rede	33
3-4-5	Kennan steht in den USA nicht allein Von unseren Korrespondenten in USA	102
6	"Aus dem Bett geholt" So kann man Schwarzarbeit nicht bekämpfen	34
7	Die Kriego kam in's Haus Grund: Empfang von Lehrbüchern in russischer Sprache	45

* * * * *

Angeklagt und gerichtet

sp- Am Donnerstag sassen Adenauer und seine Mannschaft während der aussenpolitischen Debatte im Bundestag auf der Anklagebank - und wurden gerichtet. Millionen Rundfunkhörer waren Zeugen dieses wohl einmaligen Vorgangs in der deutschen parlamentarischen Geschichte der Nachkriegszeit. Ungeheuerliches war geschehen: Zwei ehemalige Minister der ersten Regierung Adenauer, der Freie Demokrat Dr. Thomas Dehler und der frühere Bundesinnenminister und jetzige sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Dr. Gustav W. Heinemann, gaben aus eigenem Erleben Tatsachen für die mangelnde Bereitschaft Adenauers zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas bekannt. Für spätere Historiker, die die Geschichte der Nachkriegszeit zu erforschen haben, wird diese Bundestagsdebatte eine der aufschlussreichsten Quellen sein.

Dehler und Heinemann führten den schlüssigen Nachweis, dass der seit acht Jahren amtierende Chef der Bundesregierung mehr als eine Gelegenheit vorübergehen liess, um durch einen deutschen Beitrag die weitere Vertiefung der Spaltung unseres Vaterlandes zu verhindern und durch eigene oder durch Verfolgung fremder Initiativen das Ost-West-Verhältnis aufzulockern. Das bezieht sich im ersten Jahr der Bundesregierung (1950) auf das Angebot Adenauers an die Westmächte, die deutsche Wiederaufrüstung einzuleiten; das bezieht sich als notwendige Konsequenz dieser ersten falschen Weichenstellung auf die Verwerfung aller von der Sowjetunion gemachten Vorschläge, wie sie wohl am umfassendsten und vielleicht auch tragbarsten in der Stalin-Note vom März 1952 enthalten waren. Und das bezieht sich sogar auf die von Adenauer selbst veranlasste Verwerfung des Eden-Planes, der schon 1955 die Schaffung einer militärisch entschärften Zone in Mitteleuropa vorsah.

Vervollständigt wird dieses düstere Bild durch die auch am Donnerstag vom Bundeskanzler, dem Aussenminister und den Sprechern der CDU/CSU-Fraktion prononciert zum Ausdruck gebrachte Ablehnung des Rapacki-Planes und des Vorschlages der Opposition, die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen auszurüsten.

Auf die Feststellung von Tatsachen durch die Redner der Opposition erfolgten keine sachlichen Antworten, sondern nur Beschimpfungen und vorlegene Ausflüchte.

Es ist eines Aussenministers unwürdig, zweimal im Verlaufe einer die Schicksalsfragen unseres Volkes berührenden parlamentarischen Auseinandersetzung zu erklären, er weigere sich, auf Argumente und Anklagen der Opposition einzugehen. Es ist auch mehr als primitiv, wenn der Fraktionsvorsitzende der CDU, Dr. Krone, klagend vor das Parlament tritt und sagt, Dehlers Rede sei schlimmer als die eines Kommunisten gewesen.

Aber zurück zu Brentano. Er, einst mit vielen Vorschusslorbeeren als selbständig denkender Minister ausgestattet, dem auch die Opposition eine faire Chance liess, als er sein Amt übernahm, dürfte sich seit Donnerstag den Ruf eines Mannes erworben haben, dem selbständige Regungen und Empfänglichkeit für neue Gedanken fernliegen. Von ihm sind keine neuen Impulse für die Lösung der deutschen Frage zu erwarten!

Auf eindeutige Fragen Ollerhauers und Erlers blieben Regierung und Koalition die Antworten schuldig. Unbeantwortet blieb die. - 2 -

Frage, ob die in Gang befindlichen Rüstungsbesprechungen zwischen der Bundesrepublik, Frankreich und Italien die Absicht verfolgten, Bonn auch an der Entwicklung der Atomwaffen zu beteiligen.

Dieses Verbergen der wahren Absichten der Bundesregierung war dann auch die Überleitung für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, durch den die Regierung u.a. aufgefordert wurde

1. zu verlangen, dass die Versuchsexplosionen mit Atomwaffen in der ganzen Welt - gegebenenfalls und für begrenzte Zeit auch einseitig - ohne Bindung an politische und militärische Bindungen - eingestellt werden;

2. darauf hinzuwirken, dass keine weiteren Armeen mit Atomwaffen ausgerüstet werden;

3. klarzustellen, dass die Bundeswehr nicht mit atomaren Waffen ausgerüstet werden soll, deutsche Stellen an der weiteren Entwicklung von atomaren Waffen und von Raketen-Waffen mittlerer und grosser Reichweite nicht teilnehmen;

4. die Bundesregierung an ihrer Verpflichtung festhält, in der Bundesrepublik die Herstellung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen nicht zu erlauben.

Gerade durch die Ablehnung dieses Antrages setzt sich ^{sie} Bundesregierung dem Vorwurf aus, den ihre Sprecher so leidenschaftlich abwehrten: dem Vorwurf der mangelnden Vertrauenswürdigkeit ihrer Politik.

Was bleibt als Fazit dieser erregenden Debatte? Die Bundesregierung wird keine Schritte unternehmen und keine Massnahmen treffen oder unterlassen, die geeignet sein könnten, die deutsche Politik aus dem Engpass wieder herauszuführen, in dem sie sich befindet. Auf den weltweiten Ruf nach Einstellung des Wettübens wird aus Bonn kein Echo erfolgen. Die Regierung wünscht zwar platonisch - und liess sich dies von der Mehrheit durch eine unverbindliche Resolution bestätigen - eine kontrollierte Abrüstung im Weltmassstab, ist aber nicht willens, einen eigenen Beitrag zur Erreichung dieses Zieles zu leisten, wie er etwa in der Bereitschaft zum Ausdruck käme, den Rapacki-Plan als Diskussionsgrundlage anzuerkennen.

Die "Politik" Adenauers besteht in der Erwartung einer "Atempause" in der Sowjetunion und in der vagen Hoffnung, dass dieses Riesenreich den Belastungen eines Rüstungswettlaufs nicht gewachsen sein werde. Das heisst also: Erhöhung des militärischen Drucks auf den Osten und Verzicht auf das Suchen nach politischen Lösungen. Auf so gefährlichen und unrealen Grundlagen beruht die Politik des Bundeskanzlers und seiner Partei. Das aber ist keine Politik, die den Interessen des deutschen Volkes diesseits und jenseits der Zonengrenze dient!

* * *

Geständnisse des Verteidigungsministers

Sp- Bundesverteidigungsminister Strauss hat sich in der Nacht zum Freitag eiligst bemüht, dem Bundestag und der Öffentlichkeit zu beweisen, dass er auch nicht um einen Zentimeter seinem Kanzler nachstehen möchte, von dem Erich Ollenhauer mit schneidendem Sarkasmus gesagt hatte, er spräche wieder die alte vertraute Sprache des Kalten Krieges. Die Strauss-Rede, die nach dem danebengelungenen Versuch des Kanzlers die angeschlagene Debattenfront von Regierung und Koalition wieder kitten sollte, war ausserdem die sachlich schlechteste und ungenügendste des zweiten Verteidigungsministers der Adenauer-Regierung. Der Mann, der sich überflüssigerweise rühmte, dass aus seinem Haus kein Schriftstück Heusingers herausgehe, das er nicht mindestens mit einer Anmerkung versehe, verlor sich in der angestrebten Rechtfertigung seines totalen Neins zu einer atomwaffenfreien Mitteleuropa-Zone in Gemeinplätzen und vagen Andeutungen die er mit höchster Lautstärke verkaufte, ohne dadurch überzeugender zu werden.

Strauss' offerherziges Bekenntnis, er habe "zurzeit keinen Plan", will sagen: keine rechte Vorstellung, wie man dem Dilemma um die Wiedervereinigung begegnen könne, soll ihm als ebenso entwaffnende wie lobenswerte Selbstbescheidung angerechnet werden. Hätte er sich dieser Erkenntnis der eigenen Grenzen auch bei der lieschenmüllerhaften Aufzählung der von ihm gesehenen Möglichkeiten für das Weggehen der Sowjets aus Mitteleuropa gehalten, wäre das seinem Ruf als Politiker zuträglicher gewesen. Dem Oberschulen-Primus wird das "si tacuisses, philosophus mansisses" zweifellos noch mühelos geläufig sein. Diese Sentenz gibt allerdings keine Ausrede mehr für die Attacke gegen die "Atompanik" her, die der Bundesverteidigungsminister in einem hemmungslosen Rückfall wollte.

Dieses Wort, das im Bundestags-Protokoll steht und daher nicht abgeleugnet werden kann, wird Herrn Strauss wie eine Schelle anhängen. Das leichtfertige Wort des Verteidigungsministers steht in einem erschütternden Gegensatz zu der tiefinnerlichen und unüberwindlichen Furcht des ganzen Volkes vor einem atomaren Verhängnis, dem sich jeder mit der ganzen Kraft seines Lebenswillens entgegenstemmt, und dem die hervorragendsten Wissenschaftler in ihren beschwörenden Warnungen Ausdruck gegeben haben.

Kennan steht in den USA nicht allein

Von unserem Korrespondenten in USA

New York, im Januar

"Zu keinem Zeitpunkt und in keiner Weise", erklärte vor kurzem Dean Acheson, amerikanischer Staatssekretär unter Präsident Truman und Amtsvorgänger von John Foster Dulles, in einer schriftlichen, in der ganzen amerikanischen Presse verbreiteten Erklärung, "ist George Kennan berechtigt, im Namen der Demokratischen Partei der USA aussenpolitische Erklärungen abzugeben. Seine Theorien sind nicht die Ansichten der Partei, und sie zeigen überdies, dass Kennan zwar ein ausgezeichnete Kenner Russlands und seiner Ideenwelt ist, nicht aber der weltpolitischen Kräfteverhältnisse, mit denen wir uns auseinandersetzen haben". So erklärte, mit erstaunlicher Schärfe, Ex-Staatssekretär Acheson, um den vielfach im Ausland entstandenen Eindruck zu verwischen, Kennan sei eine Art offizieller Sprecher der demokratischen Oppositionspartei in Amerika. Und um das Tipfelchen aufs "i" zu setzen, gab Ex-Präsident Harry Truman zu verstehen, dass er Achesons Ablehnung der Kennan'schen Ideen teile.

Offenbar sind aber nicht alle Demokraten in Amerika dieser Ansicht. Ein einflussreicher Senator dieser Partei, Hubert Humphrey, ein Mann mit oftmals erfrischend fortschrittlichen und kühnen Ideen, hat Achesons Haltung zurückgewiesen: er wolle sich nicht mit Kennans Vorschlägen identifizieren, aber er begrüße es, dass irgendjemand den Mut hatte, gegenüber der sterilen Politik der Eisenhower-Regierung einmal ein paar neue Ideen zur Diskussion gestellt zu haben, einfach weil frisches Denken und intellektuelle Auflockerung not tue. Und der gleichen Ansicht war die Redaktion der "New York Post", die eines der einflussreichsten demokratisch-liberalen Presseorgane Amerikas ist. Offenbar ist die Demokratische Partei der USA also ebenso geteilter Meinung über die in der Außenpolitik einzuschlagenden Wege, wie es der Rest des amerikanischen Volkes, einschliesslich der republikanischen Regierung, ist, und die "Kennan-Bombe" löste diese innerparteiliche Debatte aus.

Kennans Londoner Rundfunkvorträge, die in der ganzen Welt und natürlich auch in Amerika Verbreitung fanden, haben also eine verspätete Kettenreaktion in der Heimat ihres Autors ausgelöst. Die Reaktion kam hier viel später als in Europa, - was geschulte Beobachter damit deuten, dass Europa eben auf eine derartige neue Parole gierig wartete, während man sich in Amerika damit mehr Zeit liess. Aber heute ist es so, dass der

Kennans Appell - Rückkehr zu den traditionellen Methoden der Diplomatie, und das heisse nun einmal Verhandeln, auch in schier aussichtslosen Situationen - seither auch von vielen anderen Leuten aufgegriffen worden ist: und zwar nicht nur von europäischen Staatsmännern wie MacMillan, Gaillard und vielen anderen, sondern auch von dem ehemaligen kanadischen Außenminister Lester Pearson, von unzähligen Nobelpreisträgern und anderen Wissenschaftlern und vielen anderen Persönlichkeiten.

Acheson - Vater der westdeutschen Aufrüstung

Allerdings haben Kennan und alle, die so denken wie er, doch bereits die Weltereignisse ein klein wenig beeinflusst, und zwei für die europäische Sicherheit nicht nebensächliche Fragen, die deutsche Wiedervereinigung und die Errichtung einer "atomfreien" oder sonst irgendwie militärisch "verdünnten" Zone entlang der Elbe im Herzen Europas sind auf diese Weise erneut in die Debatte geworfen worden, - womit freilich noch nichts über ihre Verwirklichungsmöglichkeiten gesagt ist, die ja auch nicht zuletzt vom Willen der Herren im Kreml abhängen.

Es ist auch noch mehr zugunsten von Kennan (und gegen Acheson) zu sagen, und das ist nun in den letzten Tagen in Amerika gesagt worden: Die Tatsache nämlich, dass die Eingliederung der deutschen Bundesrepublik in NATO und die Idee des deutschen Verteidigungsbeitrages dazu auf Vorschläge von Acheson zurückgingen, die dieser im Jahre 1954 vorlegte.

Damals, nach dem Überfall auf Südkorea, mag Acheson mit seinem Vorstoß eine dringend notwendige Stärkung der westlichen Staatengruppe im Auge gehabt und vielleicht - darüber liesse sich diskutieren - auch erreicht haben; aber heute ist diese Position der Stärke, wie Acheson sie genannt hat, jedenfalls hinfällig geworden. Tatsache ist jedenfalls, dass die gleichen Argumente, die Acheson 1950 beiseite, heute in gleicher unveränderter Form einfach nicht mehr passen - und das hat Kennan erkannt und zum Ausdruck gebracht.

Auf der anderen Seite lässt sich nicht verheimlichen, dass sich manche Amerikaner erstaunt fragen, was denn eigentlich an Kennans Vorschlägen so aufregend, neuartig und explosiv war, denn im Grunde habe er ja, betrachtet man seine Ideen unter der Lupe, gar nichts neues gesagt. Die vorgeschlagene Verdünnung der militärischen Einrichtungen und Garnisonen zu beiden Seiten des "Eisernen Vorhanges" quer durch Europa

hindurch hatte der frühere englische Ministerpräsident Eden in seinem "Eden-Plan" schon vor zweieinhalb Jahren angeregt, ohne dass die breitere Öffentlichkeit damals sehr positiv reagierte. Und sein Vorschlag, die vorhandenen diplomatischen Kanäle zum Verhandeln zu benutzen, wird ja im Prinzip von jedermann anerkannt, - wenn auch unbestritten ist, dass Eisenhower und Dulles von der Möglichkeit, diese Technik praktisch auszuwerten, nicht allzuviel Gebrauch gemacht haben.

Was niemand weiss

Wie weit sich aber nun wirklich die heutige amerikanische Politik Kennan angepasst hat, oder wie weit er isoliert bleibt, ist nicht einfach zu sagen. Niemand weiss, warum Dulles und das amerikanische Kabinett eisern darauf beharren, ihre Atomboxen-Feste nicht einzustellen, ebenso wie niemand weiss, warum die Russen die Abrüstungskommission der "Vereinten Nationen" boykottieren, und ob sie überhaupt ernstlich daran denken, ihren gegenwärtigen militärtechnischen Vorsprung zugunsten eines Rüstungskontrollsystems aufzugeben. Dag Hammarskjöld, Generalsekretär der UNO, bemüht sich zur Zeit, die Russen wieder in die Abrüstungskommission hineinzubringen und damit das festgefahrene Diskussionsinstrument wieder flott zu machen, - trotz der Geringfügigkeit aller daran zu knüpfender Hoffnungen, aber in der Erkenntnis, dass dem heutigen allgemeinen Ruf nach Verhandlungen möglichst viele technische Verhandlungsmöglichkeiten geöffnet werden müssen.

Und das ist die Lage heute. Eine winzige erste Auflockerung der Fronten ist festzustellen, - wenigstens auf westlicher Seite, das Thema der deutschen Wiedervereinigung ist wieder aus der Vergessenheit hervorgeholt worden, und der elementare Wunsch, die Schreckgespenste der modernen Superwaffen in irgend einer Weise zu zähmen, hat sich klar ausgedrückt. Eisenhower's Antwortnote an Bulgarien war auch nicht frei von konkreten Verhandlungsthemen, wie etwa friedlich-internationale Kontrolle des Weltraums oder Austausch wissenschaftlicher Forschungsergebnisse; und in Amerika glaubt jetzt jedermann ehrlich, dass es nun einmal Aufgabe der Sowjetregierung wäre, zu zeigen, dass sie mehr kann und will als nur Briefe schreiben.

"Aus dem Bett geholt."

H.B. Ein Mitteilungsblatt des Handwerks berichtet triumphierend: "Die Kreishandwerkerschaft Düren teilt uns mit, dass dort ein Schwarzarbeiter mit DM 100.-- gerichtlich bestraft worden ist. Da er zur ersten Verhandlung nicht erschienen war, wurde polizeiliche Vorführung beantragt. Der Beschuldigte wurde um 4,45 Uhr morgens aus dem Bett geholt, von drei Polizeibeamten verhaftet, bis zum Termin in Einzelhaft genommen und dann polizeilich vorgeführt."

Dass hier nicht der Schwarzarbeit das Wort geredet werden soll, versteht sich von selbst. Aber ein Wort gegen Erziehungsmethoden zu sagen, ist wohl nötig. Wenn es hierzulande bei jemandem morgens sehr früh klingelt, dann muss er - falls er nicht gerade Schwerverbrecher ist - wissen, dass das nur der Milchmann sein kann. Leute, deren Straftat mit 100.-- DM abgegolten ist, aus den Betten zu holen und in Einzelhaft zu stecken - solche Methoden wollen wir nicht wieder einführen. Schon gar nicht, solange solche Leute, die Natriumnitrit in Würste streuen und Bohnen mit Elausäure behandeln, mit Samthandschuhen angefasst werden; solange Industrielle glauben, mit gesetzlicher Rückendeckung für sich und ihre Abnehmer Gewinnspannen von 500% erzwingen zu können; solange die Arbeitsverhältnisse bei einem Teil des Handwerks noch so beschaffen sind, dass die Gewerkschaften erst eine grosse Aufklärungsaktion vornehmen müssen, um Meistern, Eltern und Jugendlichen klarzumachen, auf welches Mindestmaß an Schutz die Lehrlinge Anspruch haben.

Wie gesagt: Kein Wort gegen die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Aber diese "Bekämpfung" sollte mit humanen Methoden erfolgen. Nur durch Vollbeschäftigung kann die Schwarzarbeit beseitigt werden, nicht aber dadurch, dass man drei Polizeibeamte gegen jeden Schwarzarbeiter einsetzt. Die Sozialdemokraten waren es, die in das neue Antischwarzarbeitsgesetz die Bestimmung hineintrugen, dass nunmehr auch der Auftraggeber bestraft werden sollte. Aber, ganz abgesehen davon, dass aus dem Gesetzestext eindeutig hervorgeht, bestraft sollte überhaupt nur der werden, der aus Gewinnsucht handelt - im Bundestag herrschte bei allen Parteien in diesem einen Punkte eine Meinung: Auf keinen Fall dürfe Schwarzarbeit wie ein kriminelles Vergehen geahndet werden. Das sollten die verantwortlichen Polizeibehörden zur Kenntnis nehmen.

Die Kribe kam in's Haus

U.D. Ein Mann in Recklinghausen, diplomierter Dolmetscher und ausserdem an sozialwissenschaftlichen Themen interessiert, bemüht sich um russische Lehrbücher. Lange Zeit hört er nichts und als es dann so weit ist, da erscheint nicht der Briefträger an seiner Tür, sondern die Kriminalpolizei. Was er mit den russischen Büchern wolle, wo er die her habe, ob das ständige Verbindungen seien, was ärinstehe, man müsse die Sachen beschlagnahmen, der Staatsanwalt würde weitersehen.

Unser Mann bestand auf seinem Recht, die Bücher ausgehändigt zu bekommen. Was aber geht hier vor, das ehrenwerte Bürger auf diese Weise mit der Polizei in Berührung bringt? Gibt es kein Postgeheimnis?

Die Sache ist kompliziert, denn die Behörden sind in diesem Fall sogar "gesetzlich korrekt" vorgegangen. Tatsächlich endet das Postgeheimnis an der Grenze der Bundesrepublik, oder besser: beim Postamt des Empfängers. Dort tritt nämlich die Zollverwaltung in Funktion. Das Recht hat sie, denn Einschränkungen des Postgeheimnisses sind vom Grundgesetz selber erlaubt, sofern sie durch Gesetz erfolgen. Dass Paketsendungen aus dem Ausland auf zollpflichtige Waren kontrolliert werden können, ist bekannt. Bei dieser Kontrolle stellte in unserem Fall (der für viele steht!) der Beamte Bücher mit russischem Text fest. Weil sie ihm verdächtig vorkamen, benachrichtigte er die Strafverfolgungsbehörden, die ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Verbreitung staatsgefährdender Schriften (§ 93 StGB) einleiteten. Und so erschien dann die Polizei bei dem Besteller der Bücher.

Nach den Buchstaben der Gesetze stimmt demnach alles. Doch politischen Verstand lässt das Vorgehen der Behörden vermessen. Der Verdacht, dass staatsgefährdendes Propagandamaterial verbreitet werden soll, müsste entschieden mehr begründet sein. Sicher kann auf kommunistische Propaganda geschlossen werden, wenn in einer Sendung Dutzende von Flugschriften mit eindeutigen Text enthalten sind. Daraus liesse sich schliessen, dass irgendeine kommunistische Gruppe mit Material aus dem Osten versorgt werden soll. Dazu genügt indessen nicht nur ein Exemplar; es muss schon eine ganze Menge sein. Aber wie soll jemand im westlichen Deutschland kommunistische Propaganda mit Schriften in russischer Sprache betreiben?

Es erhebt sich auch die Frage, ob es von der Post gegenüber ihren Kunden kulant ist, Pakete in deren Abwesenheit zu öffnen. Besser wäre in jedem Falle, den Empfänger vom Eingang der Sendung zu benachrichtigen und sie auf dem Postamt in seiner Gegenwart zu öffnen.

Ganz gewiss ist die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ein Unfug. Sie erschreckt den normalen Bürger, der zunächst immer annehmen muss, es werde gegen ihn als den mutmasslichen Täter ermittelt. Dass gegen den Absender in Moskau oder irgendwo im Osten ermittelt wird, der niemals strafrechtlich zu belangen ist, auf diesen Gedanken kommt der gewöhnliche Sterbliche kaum. Aber es leidet sein Vertrauen zum Rechtsstaat.

* * *